



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Neujahrsgedanken, erbauliche und unerbauliche

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Neujahrsgedanken, erbauliche und unerbauliche



Inde Friedenslüfte wehen durch die ganze waffenstarrende Welt. Alle Feindschaften, alle Gegensätze scheinen verschwunden und verzessen zu sein. England und Frankreich stehen trotz Trafalgar und Tschoda im engsten Einvernehmen, und doch bewahrt Frankreich sein Verhältnis zu Englands größtem Gegner Rußland; ja auch diese beiden Mächte haben sich in Asien über eine Abgrenzung ihrer Einflusssphären verständigt, die Afghanistan an England ausgeliefert und Persien wirtschaftlich zwischen beiden geteilt hat. Damit ist jede Möglichkeit eines russischen Angriffs auf Indien vorläufig geschwunden und somit auch die unangenehme Aussicht für England, eines schönen Tages japanische Truppen zum Schutze seines indischen Reichs heranziehen und damit seine eigne Ohnmacht zu Lande eingestehen zu müssen. Zugleich hält das englisch-japanische Bündnis Rußland im äußersten Osten im Schach. Sogar der japanisch-nordamerikanische Gegensatz scheint augenblicklich aus der großen Politik ausgeschaltet zu sein. Nicht anders steht es im mohammedanischen Orient, Nordafrika mit inbegriffen. Die Türkei steht gewissermaßen unter einer Gesamtvormundschaft der europäischen Großmächte, die darüber einig sind, unter Wahrung der Souveränität des Sultans die notwendigsten Reformen in Makedonien durchzuführen und durch den elenden Bardenkrieg oder vielmehr Ausrottungskrieg der dortigen halbbarbarischen Völkerschaften, die den letzten Rest von Sympathie für die eine oder die andre zerstören müssen, in ihrem Voratz nur bestärkt werden können. Das Abkommen zwischen Österreich und Italien über die Aufrechterhaltung des Status quo in Albanien hat dieses Einverständnis auch an einer sehr empfindlichen Stelle hergestellt und damit zugleich, trotz des irredentistischen Geschreis nach Trient und Triest, den abermals erneuerten Dreibund gefestigt. Ein ähnlicher Zustand hat sich in Marokko herausgebildet. Die — natürlich in Deutschland — vielbespöttelte Algecirasakte

ist die Grundlage dafür geworden und wird von Frankreich aufs sorgfältigste respektiert. Stärker als jemals ist dabei der aristokratische Charakter der modernen Staatengesellschaft zutage getreten: nur die Großmächte, die Weltmächte sprechen mit; auf die Stellung der andern kommt gar nichts an, und ihre Schicksale üben auf den Gang der Weltpolitik keinen Einfluß. Daß sich Norwegen in echt germanischem Eigensinn von Schweden löste, um die Zahl der formell zwar selbständigen, aber tatsächlich ohnmächtigen kleinen Staaten um einen neuen zu vermehren und damit den alten Traum einer skandinavischen Union vollends ins Fabelreich zu verweisen, das hat auswärts zwar Kopfschütteln oder Bedauern hervorgerufen, aber die Ruhe der Welt nicht erschüttert, freilich auch deshalb, weil es der soeben heimgegangne ehrwürdige König Oskar verschmähte, die unzweifelhafte Übermacht Schwedens zur Behauptung der Union aufzubieten.

Aber darüber kann sich niemand täuschen: der gegenwärtige Zustand der Welt beruht durchaus nicht auf einer wirklichen Ausgleichung der Gegensätze, sondern auf einem gewissen Gleichgewicht der Kräfte, das jeder Großmacht die Überzeugung aufdrängen muß, daß die politischen Errungenschaften auch des glücklichsten Krieges von seinen furchtbaren Einbußen weit übertroffen werden würden, und auf den innern Zuständen einiger dieser Mächte. Die amerikanische Union steht in dem schweren Kampfe eines selbstüchtigen Unternehmertums gegen die Staatsgewalt, deren Schwäche bisher der Yankee als eine Bürgschaft der persönlichen Freiheit betrachtet hat, einem Kampfe, worin wieder einmal der uns rückständigen Europäern nicht ganz unbekanntes unsterbliche Gegensatz zwischen dem Großbesitz und der Staatsgewalt in modernen Formen hervortritt. Dazu will sich der große Bundesstaat eine gewaltige Flotte schaffen und rüstet sich zur Präsidentenwahl, die unter Umständen seiner ganzen Politik eine andre Richtung geben kann. Rußland ist auf längere Zeit vorläufig, sozusagen, außer Gefecht gesetzt, seiner Kriegsflotte beraubt, durch innere Kämpfe schwer erschüttert. Aber es ist ein liberaler Irrtum, an einen dauernden Niedergang oder gar an einen nahen Zerfall des Riesenreichs zu glauben. Weder haben sich irgendwo nachhaltige separatistische Bestrebungen gezeigt, auch bei den Polen nicht, die wirtschaftlich viel zu fest mit Rußland verbunden sind, als daß sie sich von ihm trennen könnten, noch hat sich das Zarentum so schwach gezeigt wie das französische Königtum von 1789; trotz gelegentlicher Meutereien haben Heer und Beamtentum so wenig versagt, daß die Reichsduma, weil mit ihrer radikalen, politisch völlig unreifen Mehrheit nicht zu verhandeln war, zweimal aufgelöst und das Wahlrecht verändert werden konnte, ohne daß es irgendwo zu einer großen Erhebung gekommen wäre. Auch würde eine solche, selbst wenn sie in Petersburg oder Moskau siegreich bliebe, bei der ungeheuern Ausdehnung des Reichs, bei der niedrigen Kulturstufe und dem Mangel einer wirklichen Zentralisation niemals eine Wirkung haben, wie eine Pariser Revolution sie in dem viel kleinern, weit kultivierteren und seit Jahrhunderten straff zentralisierten Frankreich regelmäßig gehabt hat. Auch die Stärke und das stolze Selbstbewußtsein des

herrschenden, sehr einheitlichen Großrussentums darf nicht unterschätzt werden. Kurz, der beliebte Vergleich zwischen der französischen und der russischen Revolution hinkt auf beiden Beinen. Und wenn Rußland schwere Niederlagen erlitten hat, so war das ein Grenzkrieg um weit entlegne, neu erworbne Provinzen, der den Kern der russischen Macht so wenig erschüttert hat wie vor einem halben Jahrhundert der nicht weniger unglückliche Krimkrieg. *La Russie se recueille*, sagte damals Fürst Gortschakow. Das gilt jetzt wieder; es wäre deshalb sehr gewagt, Rußland als eine *quantité négligeable* anzusehen, und das tut auch kein praktischer Staatsmann.

Auch die immer wiederholten Prophezeiungen und Erwartungen von einem nahe bevorstehenden Zerfall Österreichs, wenn einmal der greise Kaiser die Augen schließe, dürften sich nicht erfüllen. Als ob nicht viel stärkere Klammern als dieser ehrwürdige Monarch den weitläufigen Reichsbau zusammenhielten! Von dem Thronfolger Franz Ferdinand weiß man noch wenig, aber doch schon so viel, daß er ein Mann ist, daß die jetzt in Österreich zur Herrschaft gelangte christlich-soziale Partei seine Partei ist, und daß er ein entschiedner Feind der unberechtigten und unhistorischen Selbstständigkeitsbestrebungen der in unbelehrbarem Größenwahn befangnen Magyaren ist. Der Ausgleich in diesem „Staate auf Kündigung“ ist unter leidlichen Bedingungen wieder einmal gesichert, die Ungarn sind nicht abgefallen und werden sich das auch beim Tode des Kaisers zweimal überlegen, wenn sie an die wachsenden Schwierigkeiten mit den Kroaten und den ungarländischen Nationalitäten denken. Wir aber sind nur mit Österreich-Ungarn verbündet, nicht mit Österreich und mit Ungarn; eine Trennung Ungarns wäre eine Zerstörung dieser Großmacht und damit auch dieses einheitlichen europäischen Rechtssubjekts.

Eine Zeit lang schien es, als ob die verschiedenen Einverständnisse und Bündnisse zwischen alten Gegnern rings um uns, an denen das Deutsche Reich keinen Anteil nahm, vor allem den Zweck hätten, uns „einzukreisen“, um schließlich im geeigneten Augenblick über dieses unbequeme Deutschland, das sich durchaus nicht mehr zum Kriegsschauplatz der europäischen Heere hergeben, sondern sogar in der Welt etwas bedeuten will, herzufallen. Und die Führung dieser Politik hatte, wie es schien, England, oder, richtiger gesagt, König Eduard. Sowohl, ein König von England! Wo bleiben da die alten schönen Lieblingsvorstellungen vom englischen „Schattenkönigtum“, das nur eine „dekorative Spitze“ des englischen Staatsbaus sein sollte und kaum das Tüpfelchen auf das I zu setzen hatte? Und doch, heute spricht man kaum mehr von der Politik dieses oder jenes britischen Ministeriums, wie früher vom Ministerium Beaconsfield, Gladstone, Salisbury, sondern von der Politik des Königs Eduard. In der englischen Verfassung hat sich nicht ein Zota geändert, aber diese Verfassung beruht auf dem Herkommen und nicht auf einer Urkunde, und wenn der Monarch, ohne dieses Herkommen zu verletzen, die Interessen seines Volkes einsichtig und kraftvoll vertritt, so hat er die ganze, ebenso stolze als loyale Nation hinter sich, und

kein Minister würde es wagen, ihm in den Arm zu fallen. Das begreift allerdings der Deutsche schwer, der sich seine politischen Ansichten, namentlich die von der auswärtigen Politik, die ihm immer so „ungemein einfach“ vorkommt, von „seiner Zeitung“ machen läßt und es unter allen Umständen für das oberste Recht des Staatsbürgers hält, die Regierung zu bekritleln und ihr auch in Dingen zu mißtrauen, von denen er wirklich gar nichts versteht, noch verstehen kann, noch zu verstehen braucht.

So war er auch ohne weiteres geneigt, in das ängstliche Zeitungsgeschrei von der drohenden Einkreisung kleinmütig einzustimmen und unsre Regierung dafür verantwortlich zu machen, ihrer angeblich schwankenden, bald herausfordernden, bald furchtsamen Politik die Schuld beizumessen. Von alledem ist es recht still geworden. Entweder hat jene englische „Einkreisungspolitik“ gar nicht bestanden, oder sie ist aufgegeben. Das Verdienst, diese Wendung, wenn es eine ist, herbeigeführt zu haben, nimmt unsre Regierung keineswegs für sich allein in Anspruch. Einflußreiche und einsichtige Kreise diesseits und jenseits des Kanals haben vielmehr daran mitgearbeitet, und die gegenseitigen Besuche, vor allem der Empfang der englischen Journalisten in Deutschland im Mai des letzten Jahres, werden doch wohl die Teilnehmer davon überzeugt haben, daß wir ein aufstrebendes, ruhig arbeitendes und wohlhabendes, aber durchaus friedliches Volk sind, das seine Selbständigkeit und seine Interessen gegen jeden Feind wahren wird, daß aber der Ausbau unsrer Kriegsflotte nur zu unserm Schutze, nicht zum Angriff auf England bestimmt ist, und daß für den wirtschaftlichen friedlichen Wettkampf die Erde Raum für beide Völker bietet. Der Besuch König Eduards in Wilhelmshöhe und der Aufenthalt unsers Kaiserspaars in England waren bestimmt, die letzten Reste der Verstimmung zu beseitigen, und das englische Volk hat durch seine warme Beteiligung am Empfange gezeigt, daß dieser nicht nur eine höfische Veranstaltung war. Einzelne Kreise und Presseorgane jenseits des Kanals haben freilich das alte Mißtrauen und Übelwollen gegen die angeblich aggressive Politik des Kaisers noch keineswegs aufgegeben, und eins darf man nie vergessen: nur ein starkes, selbstbewußtes Deutschland wird den Engländern imponieren.

Die günstigen Folgen eines bessern Einvernehmens mit England haben sich uns schon in Südafrika gezeigt, als der Hottentottenaufuhr von neuem aufzublammen drohte, und die kapländische Polizei mit unsern Truppen zusammenwirkte, um Morenga unschädlich zu machen. Der schwere Kolonialkrieg ist durchgekämpft, die friedliche Arbeit hat in der mit deutschem Blute in deutschen Boden verwandelten Kolonie wieder begonnen, während zugleich im englischen Südafrika das Holländertum kräftig emporstrebt und vielleicht zur innern Überlegenheit gelangt. Hoffentlich zeigt sich die freundliche Nachbarschaft Englands auch dort, wo die zukunftsreiche Bagdadbahn nach Mesopotamien vordringt und sich dem Persischen Golf nähert, den England zu seiner indischen Einflußsphäre zu rechnen geneigt ist.

Aber unsere friedliche Ausbreitung muß sichern Schrittes unbeirrt vorwärts gehn. Mit Dernburg ist ein frisches Leben in unsere stagnierende Kolonialpolitik eingezogen. Er hat durchaus nicht als „Kolonialchwärmer“ — Schwärmerei ist nicht modern —, sondern mit dem nüchternen Blicke des Kaufmanns den Glauben an den Wert und die Zukunft unserer Kolonien in weite Kreise getragen und gestärkt, er hat aber auch auf Grund eigener Anschauung, die sich vor ihm kein einziger Leiter unsers Kolonialwesens verschafft hatte, energisch darauf hingewiesen, daß große Kapitalanlagen des Mutterlandes, nicht nur eine geordnete Verwaltung notwendig sind, um diese Gebiete zu entwickeln und für die Heimat nutzbar zu machen.

Und zum erstenmale darf eine aktive, großzügige, nicht ängstlich rechnende und knausernde Kolonialpolitik auf eine sichere Mehrheit im Reichstage rechnen, auf den konservativ-liberalen „Block“, der das Zentrum mit seiner roten Gefolgschaft endlich von dem solange ausgeübten und so oft mißbrauchten maßgebenden Einfluß auf die Reichspolitik verdrängt hat. Was soll da das ewige Zerren und Mörgeln an diesem Block? Haben sich die nationalen Parteien nur deshalb zusammengeschlossen, um dabei jede ihre besondern Interessen zu fördern oder um des Ganzen, des Vaterlandes willen? Wollen sie wieder in den elenden „Ruhhandel“, den sie dem Zentrum so oft vorgeworfen haben, zurückfallen, die nationale Sache nur dann zu der ihrigen zu machen, wenn dabei ein Vorteil für die oder jene Gruppe herauspringt? Haben sie noch immer nicht begriffen, daß keine Partei irgendwelchen Anspruch hat, ihre „Prinzipien“ und ihren Willen allein durchzusetzen, weil sie eben nur einen Faktor des vielgestaltigen nationalen Lebens vertritt, daß also jede praktische Politik auf Kompromissen beruht? Ein Kind muß einsehen, daß ein Zerfall des Blocks sofort dem Zentrum seine alte Macht wiedergeben, damit alle die alten vielbeklagten Übelstände erneuern, und daß eine dann durchaus mögliche konservativ-kerikale Mehrheit die Liberalen beiseite schieben würde, während sie jetzt zur Regierungspartei gehören. Aber eben dieser Gedanke scheint so manchem Liberalen namentlich des linken Flügels unerträglich zu sein. Sie müssen doch ihren Wählern zuweilen ihre Gesinnungstüchtigkeit zeigen, und diese hat von jeher in der Opposition bestanden, die freilich bequemer ist als das Regieren, denn „tadeln ist leichter als besser machen“, sagt das alte Sprichwort. Wäre es nicht so, dann wäre der unerwartete und sachlich unmotivierter Vorstoß eines nationalliberalen Führers gegen den Kriegsminister, noch dazu wegen einer so ekelhaften Sache wie der Moltke-Hardenprozeß, ganz unbegreiflich, denn persönliche Motive darf man ja bei Abgeordneten nie voraussetzen. Der Reichskanzler mußte seine ganze Autorität einsetzen, um den Herren klar zu machen, daß mit der Existenz des Blocks seine eigne Stellung auf dem Spiele stehe. Und dabei soll man nicht an der politischen Befähigung der Deutschen verzweifeln! Die Art, wie Zentrum und Sozialdemokratie am 5. Dezember die glückliche Lösung der mutwillig heraufbeschwornen Krisis begrüßten, mußte es auch dem Verblendetesten klar machen,

um was es sich gehandelt hatte; aber wenn dieses wüste Gejohle und Geschrei im österreichischen Reichsrat oder in den französischen Kammern nicht besonders wunder nimmt, weil sich dort die „subgermanischen“ Nationen eben noch nicht die volle westeuropäische Gesittung angeeignet haben, und hier die alte gallische Erregbarkeit zuweilen durchbricht, im deutschen Reichstage müssen sich die Wähler solche wüste Madauszenen entschieden verbitten. Jeder einzelne Reichsbote, der dabei Lunge und Fäuste in Bewegung gesetzt hat, würde sich schämen, wenn er allein wäre, derartiges zu tun, aber zusammen mit ein paar Duzend andern, das ist etwas ganz andres. Es ist immer die alte Geschichte: in einer größern Menge kann jeder einzelne ein ganz vernünftiger und gesitteter Mann sein, aber alle zusammen werden sie leicht unvernünftig.

Die Polenvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus, das hier eine der wichtigsten nationalen Aufgaben zu lösen hat, scheint in einer der Regierung und dem Parlament annehmbaren Form mit Beschränkung des Enteignungsrechts auf gewisse von den Polen besonders bedrohte Bezirke zur Annahme gelangen zu sollen. Aber ob damit die Polenfrage selbst ihrer Lösung nähergerückt wird? Dreiundeinhalb Millionen Menschen polnischer Zunge, die unter preußischer Verwaltung wohlhabend geworden und von leidenschaftlichem Nationalgefühl erfüllt sind, der zehnte Teil der gesamten preußischen Bevölkerung können doch nicht auf die Dauer als Feinde des Staats behandelt und sie können ebensowenig mit den Mitteln des modernen Rechtsstaats niedergeworfen werden. Daß die Wiederherstellung des alten polnischen Reichs ihr letztes Ideal ist, das mag ja sein, und daß wir diese niemals zulassen können, ist selbstverständlich; aber ist die Gefahr, daß solche Ideen zu praktischen Versuchen führen und daß solche Versuche einen Erfolg haben, wirklich so groß? Und liegt es denn so ganz außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß ein Ausgleich zwischen Russen und Polen zustande kommt? Das wäre eine akute Gefahr für unsern Osten.

Fast verzweifelt steht die Frage der Reichsfinanzen. Es ist doch ein schreiender Widerspruch, daß das deutsche Volk immer wohlhabender wird, und das Deutsche Reich aus dem Defizit nicht herauskommt. Wo ist der alte Grundsatz des Fürsten Bismarck, die Einzelstaaten zu „Kostgängern“ des Reichs zu machen, geblieben? Statt dessen muß das Reich bei den Einzelstaaten um die Matrikularbeiträge betteln und stört dadurch auch deren Haushalt zuweilen bis zur Unerträglichkeit. Wenn das die notwendige Folge des vielgepriesnen „föderativen Prinzips“ ist, so danken wir für dieses Prinzip. Aber aus diesem Grundsatz folgt die Reichsfinanznot an sich nicht, sondern aus dem Doktrinarismus der Parteien, die einst das Tabaksmopol verwarfen und noch heute erglühn für das Pfeifchen und das Schnäpfschen des armen Mannes, dagegen sich für direkte Reichssteuern begeistern, obwohl solche von allen Regierungen verworfen werden, und die fortdauernde Erhöhung der direkten Steuern dem alten Erfahrungssatz widerspricht, daß man sie in friedlichen Zeiten niemals überspannen darf, weil in Zeiten der Not nur sie mit Erfolg erhöht werden können, während

die indirekten Steuern in solchen Zeiten zurückgehn, in friedlicher Zeit dagegen auch in ziemlicher Höhe mit Leichtigkeit getragen werden. Aber nicht nur Doktrinarismus steckt hinter solcher kurzfristigen Steuerpolitik, sondern auch ein Stück Volksschmeichelei. Volksschmeichelei ist es auch, wenn man die untersten Schichten womöglich von allen direkten Abgaben ganz entlasten möchte, damit ihnen ja nur das ohnehin schwache Bewußtsein der Pflicht gegen den Staat möglichst ausgetrieben wird; Volksschmeichelei ist es, wenn allerorten auf eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts und damit der einzelstaatlichen Volksvertretungen hingearbeitet wird, statt daß man unentwegt an dem Grundsatz festhielte: die Herrschaft im Staate darf unter gar keinen Umständen den Massen ausgeliefert werden. Aber heute kriecht man um die Wette vor dem „König Demos“, und dieser Byzantinismus ist viel schlimmer als jeder andre.

Welchen angenehmen Kitzel mußte nun diesem umschmeichelten „König Demos“ der jüngste Skandalprozeß verursachen! Wie ließ sich das benutzen um die schönsten Tiraden gegen die sittliche Fäulnis der „obern Stände“ und gegen den ganzen „Kapitalistenstaat“ loszulassen, dem gegenüber die Tugend der „Genossen“ in makelloser Reinheit strahlte! Gewiß, wo man moralischen Schmutz findet, da soll man ihn rücksichtslos auskehren, vor allem auf den Höhen der Gesellschaft, wenn man dort der alten Pflicht vergißt: Noblesse oblige und vergißt, daß das Schicksal eines Volkes von seinen führenden Ständen abhängt. Aber war es wirklich nötig, war es eine Forderung des allgemeinen Interesses, bis in die geheimsten Winkel des Privatlebens eines unbefcholtnen hochgestellten und verdienten Offiziers hineinzuleuchten, um den „Wahrheitsbeweis“ für die unter allen Umständen beleidigenden Behauptungen des Angeklagten zu erbringen? Wenn das Mode wird, dann ist der Schuldloseste den Praktiken jedes unbedenklichen Rechtsanwalts wehrlos ausgesetzt. Daß die einst heißbegehrte, als Palladium einer unparteiischen Rechtspflege gepriesene Öffentlichkeit des Verfahrens ihre höchst bedenklichen Seiten hat, ist bei dieser Gelegenheit mehr als jemals hervorgetreten. Und das soll man uns nicht einreden, daß nur sittliche Empörung die Presse leitete, die, längst jeder Diskretion entwöhnt, diese schmutzigen Geschichten in alle Welt verbreitete und dabei auch noch Laster ganz unbefangen beinahe als etwas gewöhnliches besprach, von denen bisher kein anständiger Mensch öffentlich geredet hat. Nein, die Sensationslust hat da die Feder geführt, und Sensationslust hat diese breiten Berichte gierig verschlungen. Ja man ging weiter. Man verallgemeinerte diesen Fall und andre zu Anklagen gegen die Sittlichkeit in der Armee, die ein Pestherd sein soll. Pharisäer! Wenn unser Heer das Volk in Waffen ist, dann sind ihre Tugenden und Untugenden die des ganzen Volkes in allen seinen Schichten, und nicht in der Armee liegt der Herd des Verderbens, sondern tiefer.

Nein Wunder! Unsrer Zeit scheint mehr und mehr zu vergessen, daß es ewige sittliche Gesetze und unantastbare schwererrungne Kulturgüter gibt, auf die kein Volk verzichten kann und darf, wenn es nicht der ärgsten Barbarei

verfallen soll, der zivilisierten. Aber heute, wo die Lehre, daß der Mensch „sich ausleben“, seinen Naturtrieben rückhaltlos folgen sollte, aus den Kreisen unverantwortlicher Pseudophilosophen immer weiter dringt und schon die gebildete Jugend angefressen hat, wo auch die Ehe nicht mehr für heilig gilt, sondern durch „freiere“ Formen ersetzt werden soll, wo der bisher festgehaltne rechtliche Unterschied der Geschlechter im Namen der Gleichberechtigung grundverschiedener Menschenwesen möglichst aufgehoben werden soll, da dürfen solche Erscheinungen, wie sie bei jenem widerwärtigen Prozeß ans Tageslicht getreten sind, eigentlich nicht befremden. Es ist ähnlich wie vor hundert Jahren. Auch damals waren die alten sittlich-religiösen Grundlagen erschüttert, es herrschte die Lehre vom Alleinrechte des Individuums, dessen Interessen zugunsten der Allgemeinheit zu beschränken für inhuman galt; die Neigung zu feinerem oder größerem Lebensgenuß und sittliche Leichtfertigkeit beherrschten weite Kreise, ein langer Friede hatte den Wohlstand mächtig gehoben und den Gedanken, der jeden Staat tragen muß, die Pflicht zur Aufopferung des persönlichen Interesses für das Ganze beinahe zerstört. Damals mußte eine furchtbare Katastrophe kommen, um unser Volk zu den einfachsten sittlichen Grundlagen zurückzuführen, und das war nur möglich, weil sein Kern noch gesund war. Heute genießen wir beinahe ebensolange den Frieden wie damals und sind reich geworden. Möge keine Katastrophe nötig sein, um unser Volk auf dem weitem Hinabgleiten nach der schiefen Ebene zu bewahren, auf die man es zu drängen sucht. *



Sozialdemokratische Agitation und Landbevölkerung



eit dem günstigen Ausfall der letzten Reichstagswahlen wiegt man sich in zahlreichen politischen Kreisen in ein Sicherheitsgefühl, das bedenklich erscheint. Man glaubt, die Hauptarbeit in der Bekämpfung sozialdemokratischer Ideen sei getan, man könne sich nun andern politischen Arbeitsgebieten zuwenden. Das ist ein großer Irrtum und ein gefährlicher dazu. Die Sozialdemokratie hat seit den Januartagen 1907 offenbar nach zwei Seiten ihre Taktik geändert, um ihre alte Zugkraft für die Massen wieder zu gewinnen. Sie läßt ihren internationalen Charakter in der praktischen Agitation zurücktreten, sie heuchelt Patriotismus und Nationalgefühl; sie hat ferner ihre Organisations- und Agitationsarbeit sorgfältig revidiert. Als neues Mittel ist aufgenommen worden, die sozialdemokratische Werbearbeit aufs platte Land hinauszutragen. Wer nur einen Blick in die sozialdemokratische Tagespresse der letzten Monate geworfen hat, dem wird aufgefallen sein, wie ungleich häufiger als früher man sich mit der Landbevölkerung beschäftigt; namentlich ist die Gefindeordnung unter dem